

2100-0394

An die  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Mag.<sup>a</sup> Astrid Eisenkopf  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 02. Feber 2026

### **Dringlichkeitsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, DI Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Asbestfunde im Burgenland: Dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung“**

Es wird ersucht, den gegenständlichen Dringlichkeitsantrag gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT zu behandeln und dem Landtagsabgeordneten KO Bernd Strobl das Wort zur Begründung zu erteilen.

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend „Asbestfunde im Burgenland: Dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung“**

Die in den vergangenen Wochen bekannt gewordenen Asbestfunde im Burgenland haben bei der Bevölkerung große Verunsicherung ausgelöst. Asbest stellt ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar, dessen Gefahren seit Jahrzehnten wissenschaftlich belegt sind. Umso schwerer wiegt es, dass Hinweise auf mögliche Belastungen offenbar bereits seit längerer Zeit vorlagen, ohne dass rechtzeitig umfassende Maßnahmen gesetzt wurden. Insbesondere im Südburgenland gab es bereits vor rund einem halben Jahr erste Anzeichen für eine erhöhte Asbestproblematik, dennoch blieb eine flächendeckende und transparente Aufklärung bislang aus.

Die bisher gesetzten Schritte der Landesregierung, insbesondere die Einrichtung einer Taskforce, sind grundsätzlich zu begrüßen, reichen jedoch nicht aus. Asbestbelastungen entstehen nicht plötzlich, sondern entwickeln sich über Jahre. Daher stellt sich die berechnigte Frage, wie die Kontrolle in den vergangenen Jahren erfolgt ist, welche Prüfungen durchgeführt wurden und warum mögliche Risiken nicht früher erkannt oder kommuniziert wurden. Gerade bei einem sensiblen Thema mit potenziell gravierenden gesundheitlichen Folgen braucht es klare Zuständigkeiten, nachvollziehbare Abläufe und volle Transparenz gegenüber der Bevölkerung.

Zahlreiche Gemeinden, Eltern, Lehrkräfte und Anrainerinnen und Anrainer stehen derzeit vor offenen Fragen. Die Unsicherheit wächst, da immer mehr Orte und öffentliche Bereiche im Zusammenhang mit Asbest genannt werden. Ohne eine umfassende, landesweite Erhebung und eine offene Information kann kein Vertrauen geschaffen werden. Es ist Aufgabe des Landes, hier rasch und entschlossen zu handeln, mögliche Gefahrenquellen systematisch zu überprüfen, die Ergebnisse offen zu legen und bei Bedarf umgehend Schutz- und Sanierungsmaßnahmen zu setzen. Der Schutz der Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer muss oberste Priorität haben.

Der Burgenländische Landtag hält daher fest, dass es eine lückenlose Aufarbeitung der bisherigen Vorgänge, eine klare Verantwortungskklärung sowie ein deutlich verstärktes Engagement des Landes braucht. Halbmaßnahmen oder reine Ankündigungen reichen nicht aus. Ziel muss es sein, Unsicherheit zu beseitigen, Risiken zu minimieren und das Vertrauen der Bevölkerung durch Transparenz und konsequentes Handeln wiederherzustellen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine vollständige und transparente Aufklärung aller Asbestfälle im Burgenland sicherzustellen, flächendeckende Kontrollen durchzuführen, die Bevölkerung umfassend zu informieren und bei festgestellten Belastungen unverzüglich wirksame Schutz- und Sanierungsmaßnahmen zu setzen.